

Schüler:innen wollen mehr Mitbestimmung: Reform der Vertretung gefordert!

Die Schülerunion fordert mehr politische Mitbestimmung für Schüler:innen in Österreich und kritisiert das aktuelle Wahlsystem.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die politische Landschaft der Schülervertretung in Österreich steht unter Druck! Am 11. Februar 2025 forderte die Landesschülervertretung Wien gemeinsam mit der Aktion kritischer Schüler:innen einen entschiedenen Schulstreik gegen die laufenden Regierungsverhandlungen. Doch die Schülerunion, das größte Schüler:innen-Organisationsnetzwerk, setzt auf konstruktive Vertretungsarbeit in der Bildungspolitik und verweigert sich dem Aktionismus. „Wir begrüßen das Engagement von jungen Menschen. Doch anstatt blind gegen Verhandlungen zu protestieren, ist es entscheidend, dass wir

unsere Energie auf die Bildungspolitik konzentrieren“, so Vincent Reisner, der Bundesobmann der Schülerunion, in einer Mitteilung. Die Schülerunion vertritt die Interessen von über 30.000 Mitgliedern und hat die Mehrheit in den Landesschülervertretungen und der Bundesschülervertretung inne, wie **ots.at** berichtet.

Ein undemokratisches Wahlsystem?

Im Hintergrund brodeln jedoch die Debatten um ein komplexes und als undemokratisch kritisiertes Wahlsystem, das über eine Million Schüler:innen betrifft. Die Bundesschülervertretung (BSV), bestehend aus nur 29 gewählten Mitgliedern, wird nicht direkt von den Schüler:innen gewählt. Kritiker bemängeln, dass die Schülerunion durch diese Strukturen profitiert und drängen auf Reformen, die eine direkte Volkswahl der Vertreter:innen ermöglichen sollen. So könnten alle Oberstufenschüler:innen ihre Vertreter:innen selbst wählen und somit eine gerechtere und transparentere Stimme im Bildungssystem haben, wie **freda-magazin.at** ausführlich erklärt.

Aktuell wird dieser Ruf nach Veränderungen in der Schüler:innenvertretung lauter, während die Schülerunion, die sich als parteiunabhängig präsentiert, an den bestehenden Machenschaften festhält. Profis im Bereich der Bildungspolitik erkennen die Dringlichkeit dieser Thematik, da die politischen Strukturen einen tiefen Einfluss auf die Mitbestimmung junger Menschen haben.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.freda-magazin.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at